2015/11 Inland

https://jungle.world/artikel/2015/11/bete-nicht-beim-schmuddelprediger

Das geforderte Verbot des Vereins der al-Nur-Moschee

Bete nicht beim Schmuddelprediger

Von **Horst Pankow**

Der Verein, der die berüchtigte Berliner al-Nur-Moschee betreibt, soll verboten werden. Schon die Liste der Prediger und Zuhörer ist äußerst informativ.

Wer und was zu einem Staat gehört, bestimmen in der pluralistischen Demokratie gewählte Funktionsträger und von ihnen formulierte gesetzliche Ausführungsvorschriften. Nachdem zwei deutsche Bundespräsidenten das Inklusionsgebot »Der Islam gehört zu Deutschland« verkündet haben und die Bundeskanzlerin dies in einer Regierungserklärung nach den islamistischen Massakern in Paris ausdrücklich bestätigt hat, besitzt es nun wohl Gültigkeit.

Zum zeitgenössischen Pluralismus gehört aber auch die gelegentliche Anmeldung von Zweifeln. »Der Begriff ›Islam‹ ist vielen zu unspezifisch, anders als bei den Katholiken gebe es ja keine zentrale Glaubensinstanz«, grummelt es der Süddeutschen Zeitung zufolge seit Mitte Januar in den Reihen der CDU. Am letzten Februarwochenende wollten etwa 50 als »CDU 2017« assoziierte Abgeordnete über ein Positionspapier mit dem Titel »Für einen Islam mitteleuropäischer Prägung« beraten. Viel mehr als die Forderung nach einem Ende des »Import-Imam-Modells« und dessen Ersetzung durch eine hierzulande stattfindende Ausbildung islamischer Prediger sowie nach der Verpflichtung zum Deutschen als Predigtsprache kam dabei aber nicht heraus.
Die Frage »Welcher Islam soll’s denn bitt’schön sein?« ist aus staatsbürgerlicher Sicht nicht naiv. Die gegenwärtigen Blutbäder in der geographischen »islamischen Welt« tragen erheblich zur Verwirrung bei. »Der Islam gehört zu Deutschland« – das mag Exportweltmeistern mit Blick auf die staatlichen Hauptakteure des innerislamischen Gemetzels mit Sitz in Riad beziehungsweise Katar, Teheran und Ankara noch einleuchten. All diese Staaten beziehen deutsche Militär- oder andere Produkte und zahlen ordentlich dafür. Die Selbsternannten vom »Islamischen Staat« (IS) beziehen zwar deutsche Manpower in Gestalt von mitteleuropäisch ausgebildeten, hochmotivierten jungen Leuten, aber deren Benehmen lässt viel zu wünschen übrig und ihre staatsbürgerliche Loyalität im Fall einer Rückkehr scheint ungewiss.
Es ist daher nicht überraschend, wenn nun neben den allgemeinen Zweifeln von »CDU

2017« auch harsche Exklusionsforderungen geäußert werden. Ebenfalls nicht überraschend: Diese beziehen sich nicht auf Vertreter der islamischen Kriegsparteien und ihre deutschen Kollaborateure aus Wirtschaft und Politik, sondern auf vermeintliche Schmuddelkinder des Islam, gleichermaßen idiotische wie tatsächlich gefährliche Menschen, die den Heiligen Koran stets so verstanden haben wollen, wie er gemeint ist. Einigen von ihnen donnerte nun jüngst aus dem Mund des Berliner Innenstaatssekretärs Bernd Krömer (CDU) entgegen: »Diese Art des Islam gehört gewiss nicht zu Deutschland.« Gemeint war die Koran-Exegese in der Neuköllner al-Nur-Moschee, die von dem gemeinnützigen Verein »Islamische Gemeinschaft Berlin e. V.« betrieben wird. Dieser erhält sich vor allem durch saudi-arabische Zuwendungen. Das nur schwer einsehbare Vereinsleben – die deutschsprachige Website ist recht karg gestaltet, Links verweisen auf Videos dort gehaltener Vorträge und Predigten auf Arabisch, nur selten mit englischen Untertiteln – ist darum bemüht, im Sinne eines »wahren und authentischen Islam« zentrale Hassthemen am Kochen zu halten: die gottgewollte Unterwerfung und Abstrafung, nicht selten auch Tötung, von Frauen, Homosexuellen, Ungläubigen und immer wieder – Juden.

Informativ ist die Liste prominenter Redner und Hörer in der Moschee: 2009 hielt der kanadische Islamist Bilal Philips einen homophoben Vortrag, auch der deutsche Islam-Konvertit und ehemalige Boxer Pierre Vogel war dort zu hören. Der fromme Rapper Bushido empfiehlt noch heute auf Youtube seinen Fans einen Besuch in der al-Nur-Moschee. Unter den Hörern befand sich auch der junge Berliner Denis Cuspert, der sich in der Rap-Szene »Deso Dogg« nannte und mittlerweile als Abu Talha al-Almani »Medienarbeit« für den IS leistet. Im vergangenen Jahr war er auf einem IS-Video mit anderen Kämpfern beim Ermorden Gefangener zu sehen. Cuspert hält vorübergehend einen abgeschlagenen Kopf in den Händen und erklärt sodann, bei den Ermordeten habe es sich um Feinde des Islam gehandelt.
Im Sommer 2014 hatte ebenfalls in der al-Nur-Moschee der in Dänemark ansässige Prediger Abu Bilal Ismail zur Judenvernichtung aufgerufen. »Gaza ist das Land des Ruhmes, das Land des Jihad, das Land der Ehre«, die Juden seien »Schlächter des Propheten«, erläuterte Focus zufolge der Theologe, der seine Ausführungen mit einem Herzenswunsch beschloss: »Oh Gott, vernichte die zionistischen Juden. Sie sind keine Herausforderung für dich. Zähle sie und töte sie bis zum Letzten. Lasse keinen übrig.« Dafür handelte er sich zwar zehn Strafanzeigen ein, doch erst im Februar 2015 erwirkte die Berliner Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl von 120 Tagessätzen à 80 Euro, gegen den der Fromme bereits Widerspruch erhoben hat.
Zur Exklusionsforderung kam es freilich erst, nachdem am 23. Januar in der al-Nur-Moschee der ägyptische Gastprediger Sheikh Abdel Moez al-Eila zur im Orient wie im Okzident gleichermaßen populären Geschlechterfrage Stellung genommen hatte. Der gottesfürchtige Mann hatte ausgeführt, was seit Verkündung des Koran und Niederschrift der Hadithen jedem Interessierten zugänglich ist. »Eine Frau dürfe sich dem Sex mit ihrem Mann nie verweigern, ansonsten würde sie von den Engeln verflucht. Sie dürfe auch nicht ohne Erlaubnis des Mannes das Haus verlassen oder einen Beruf ausüben«, der Tagesspiegel über die Predigt des Sheikhs.
Fast zwei Wochen danach – die Übersetzung arabischen Genuschels in dilettantischen Videoaufnahmen braucht wohl Zeit – war man offizieller- wie offiziöserseits so bestürzt, als

hätte sich ein koranisches »Tor der Hölle« aufgetan. Als »abstoßend und eine Zumutung für jeden klar denkenden Menschen« denunzierte Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) die Predigt. Staatssekretär Krömer assistierte, so etwas sei »nicht einmal in der späten Steinzeit zu verorten«. Da hat das Land gerade die Frauenquote für Aufsichtsräte von Großunternehmen auf den Weg gebracht und zuvor den Islam als nationalen Bestand reklamiert – und dann plaudert so ein Irrer hemmungslos aus dem islamischen Nähkästchen.

Nun half nur Bewährtes. Die für den Posten der Neuköllner Bezirksbürgermeisterin nominierte Franziska Giffey (SPD) erkannte eine »Gefährdung des sozialen Friedens in unserem von Vielfalt geprägten Bezirk«, woraus nur folgen konnte: »Hier muss der Staat reagieren.« Mit der Stimmenmehrheit der SPD- und CDU-Abgeordneten beschloss die Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag an den Berliner Senat, ein Verbot der »Islamischen Gemeinschaft Berlin e. V.« zu betreiben. Dagegen stimmten die Vertreter der Grünen, der Linkspartei und der Piratenpartei – Leute, die Jürgen Elsässers Querfrontmagazin Compact nicht mögen dürften, aber einem Leserbriefschreiber der aktuellen Ausgabe zustimmen könnten: »Mit unseren muslimischen Mitbürgern zusammen versus Zionismus und USA-Imperialismus!«

© Jungle World Verlags GmbH